

Liebe Berufskollegen, liebe Mitstreiter,

ich begrüße Euch herzlich in Berlin im Namen der FREIEN BAUERN!

Wir vertreten die ganz normalen Bauern, die mit eigener Hände Arbeit ihren eigenen Hof bewirtschaften. Eigentum und Arbeit, das macht den bäuerlichen Familienbetrieb aus, und das macht ihn überlegen gegenüber jeder anderen Agrarstruktur. Deshalb brauchen wir mehr Bauernhöfe und nicht weniger. Wir brauchen nicht wenige große, sondern viele starke Betriebe. Und wir brauchen eine Berufsvertretung, die völlig unabhängig ist von Politik und Industrie, keine finanziellen und personellen Verflechtungen. Das sind unsere festen Überzeugungen, das unterscheidet uns von allen anderen Agrarorganisationen, soviel schonmal zur Einordnung vorab.

Vorab außerdem ein herzliches Dankeschön an Frerk Arfsten – alle kennen ihn als den Häcklerfahrer vom 18. Dezember, als wir hier nicht reden durften, da hat er rot-gelb-grüne Ballen gehäckselt ... und damit vor Ort und in den Medien ein deutliches Signal gesetzt. Frerk hat unsere Demo heute angemeldet, mit der wir an diesem denkwürdigen Tag mitten im Zentrum des politischen Geschehens präsent sind, hat alles, was wir hier sehen, organisiert und mich total entlastet, vielen vielen Dank dafür, das ist einen ganz großen Applaus wert!

Ferk ist auch ein lieber Berufskollege aus meiner Nachbarschaft, damit kommen wir zu mir, mein Name ist Reinhard Jung, ich bin Politikreferent der FREIEN BAUERN und bewirtschafte einen kleinen Grünlandbetrieb mit rotbunten Mutterkühen und Mastrindern in der Prignitz in Brandenburg. Und normalerweise bin ich besser bei Stimme, aber heute habe ich mich total erkältet hierher geschleppt, einer muss ja die Hauptrede halten und den Ansprechpartner machen, und mit diesem Mikro müsste ich hoffentlich zu verstehen sein, sagt mal „Ja“!

Einer hilft dem anderen und jeder gibt alles (auch wenn er gerade aus dem letzten Loch pfeift) ... Liebe Berufskollegen, so denken wir, so leben wir und genau so – mit Verantwortung und Solidarität – genau so führen wir unsere Betriebe, deshalb sind wir Bauern stark. Würden wir unsere Betriebe so führen, wie die Bundesregierung unser Land, wären wir längst weg vom Fenster!

Zur Sache: Heute protestieren Landwirte und andere Berufsgruppen überall in Deutschland gegen die falsche Politik der Bundesregierung. Wir FREIEN BAUERN fordern ein Umsteuern in der Agrarpolitik statt ungerechter Steuern. Die geplanten Steuererhöhungen – Wegfall von Agrardiesel und grünen Nummernschildern – sind doch nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Gut, der Wegfall der grünen Nummernschilder wäre bitter gewesen, weil er einen Haufen Bürokratie nach sich gezogen hätte, aber wer würde sich heute ernsthaft über das bisschen Rückvergütung beim Agrardiesel streiten, hätten wir noch die Preise von 2022/23?

Aber, liebe Berufskollegen, wir haben eben nicht mehr die Preise von 2022/23, und das unter anderem, weil die Bundesregierung die Grenzen zur Ukraine geöffnet hat, ohne unsere Landwirtschaft vor den Billigimporten zu schützen, so wie das Polen, Ungarn und die Slowakei getan haben. Weil wir eine Politik erleben, die unsere Landwirtschaft aufs gröbste missachtet, und zwar seit Jahren, nicht erst seit der Ampel. Deshalb protestieren wir auch gegen ungerechte Steuern – Straßenbau darf nicht von denen finanziert werden, die auf dem Acker fahren. Aber es geht uns um mehr: Wir wollen, dass unsere Landwirtschaft wieder einen festen und anerkannten Platz in der Gesellschaft erhält! Dafür gehen wir heute auf die Straße überall in Deutschland und dafür stehen wir heute am Brandenburger Tor!

Auf unserem Flugblatt (Frerk, Frieda) haben wir unsere Forderungen aufgestellt:

- Schluss mit den EU-Programmen Green Deal und Farm-to-Fork
- Rücknahme aller Dünge-, Pflanzenschutz- und Tierhaltungsregeln seit 2017
- Aufkündigung von Freihandelsabkommen und zollfreien Importen
- Zerschlagung der Monopole in Handel und Lebensmittelindustrie
- Verbot von Gentechnik und Laborfleisch, Feuer frei auf die Wölfe!

Das sind die Forderungen der FREIEN BAUERN. Warum sind es in diesen Tagen nicht die Forderungen aller Agrarorganisationen? Darüber kann ja jeder mal nachdenken, der noch nicht bei uns Mitglied ist. Warum redet der Bauernverband immer nur über den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat und nicht über den restlichen Inhalt des Fasses? Gerade jetzt, wo wir soviel Bewegung haben, soviel Geschlossenheit? Warum versucht der Bauernverband statt dessen, uns in die rechte Ecke zu stellen und zu verleumden? Was ist da eigentlich los?

Liebe Berufskollegen, Agrarpolitik ist nicht schwarz / weiß, aber es ist wichtig, eine klare Linie zu haben und zu wissen, was man will, sonst machen andere mit einem, was sie wollen. Deshalb nochmal zu unseren fünf Punkten im einzelnen:

1. Schluss mit den EU-Programmen Green Deal und Farm-to-Fork

Die gesamte Agrarpolitik muss auf zwei Ziele ausgerichtet werden: eine möglichst hohe Selbstversorgung und möglichst viele Selbständige. Der bäuerliche Familienbetrieb ist das Leitbild für hochproduktive und zugleich nachhaltige Landwirtschaft.

2. Rücknahme aller Dünge-, Pflanzenschutz- und Tierhaltungsregeln

die uns seit 2017 ideologisch bevormunden. Düngeverordnung, Pflanzenschutzanwendungsverordnung und Nutztierhaltungsverordnung müssen neu gefasst werden im Sinne von guter fachlicher Praxis. Umfassende Deregulierung in allen Bereichen.

3. Aufkündigung von Freihandelsabkommen und zollfreien Importen

Die Abkommen mit Kanada und Neuseeland sind zu lösen, die Verhandlungen mit den USA und den Mercosur-Staaten abubrechen, die Zollgrenze zur Ukraine muss wieder geschlossen und der Import von Soja und Palmöl deutlich reduziert werden.

4. Zerschlagung der Monopole in Handel und Lebensmittelindustrie

auf der Grundlage der Kartellrechtsreform, unverzügliche Entflechtungsanordnung gegen Edeka, Aldi, Rewe, Lidl, DMK, Arla, Westfleisch, Vion und Tönnies. Vertragspflicht mit bezifferten Preisen für alle Lieferbeziehungen. Herkunftskennzeichnung.

Zu diesem Punkt möchte ich vielleicht mal noch etwas dazu sagen, nämlich dass die Bundesregierung hier gerade in die richtige Richtung arbeitet, zu spät, zu langsam, aber erkennbar. Insbesondere bei den Lieferbeziehungen Milch, wo die politische Blockade durch Bauernverband und CDU/CSU erfolgt ...

5. Verbot von Gentechnik und Laborfleisch, Feuer frei auf die Wölfe

Gentechnik und die damit verbundenen Patente bedrohen unser Eigentum an Nutzpflanzen und Nutztieren. Laborfleisch bedroht die natürliche Eiweißversorgung der Menschen. Und Wölfe bedrohen die Weidetierhaltung. Deshalb weg mit alledem !!!

Zu diesem Punkt auch nochmal ein paar Worte. Als die Ampelkoalition begann, waren wir froh, Julia Klöckner los zu sein und offen für konstruktive Zusammenarbeit. Wenn sich die Grünen bei der Gentechnik durchsetzen und die FDP beim Wolf, dann ist doch alles in Butter, so unsere Überlegungen. Leider sieht es gerade so aus, als sei genau das Gegenteil der Fall und da kommen wir wieder dazu, dass Agrarpolitik eben nicht schwarz / weiß ist. Deshalb, so berechtigt und eigentlich überfällig die Forderung nach einem Ende der Ampelkoalition ist: Welche Koalition würde uns im Augenblick voranbringen? Ganz schwierig. Wenn wir gute Kontakte zu Politikern haben, dann immer nur zu einzelnen Personen in den alten und neuen Parteien. Wir brauchen mehr Politiker, die auf uns Bauern hören. Und wir brauchen vor allem eine Berufsvertretung, die das ausspricht, was wir Bauern denken, ohne billige Anbiederung und vornehme Rücksichtnahme. Klartext für unsere bäuerlichen Interessen!

Deshalb nochmal, liebe Berufskollegen:

- Schluss mit den EU-Programmen Green Deal und Farm-to-Fork
- Rücknahme aller Dünge-, Pflanzenschutz- und Tierhaltungsregeln seit 2017
- Aufkündigung von Freihandelsabkommen und zollfreien Importen
- Zerschlagung der Monopole in Handel und Lebensmittelindustrie
- Verbot von Gentechnik und Laborfleisch, Feuer frei auf die Wölfe!

Wir FREIEN BAUERN stehen für ein grundsätzliches Umsteuern in der Agrarpolitik. Alle Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, den Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln und die Zahl der selbständigen bäuerlichen Betriebe zu erhöhen. Das ist Fortschritt, alles andere ist Rückschritt, ist verantwortungslos nicht nur gegenüber dem Berufsstand, sondern gegenüber unserem ganzen Land, denn nichts ist wichtiger, als dass alle genug zu essen haben!

Und das Umsteuern fängt im Kopf an, daher möchte ich zum Schluss nach dem Fass wieder auf den Tropfen zurückkommen, der es zum Überlaufen gebracht hat: auf den Beschluss der Bundesregierung, rund eine Milliarde Euro einzusparen durch Wegfall von Agrardiesel und grünen Nummernschildern. Wie gesagt, nur der Tropfen. Aber bereits in der Ankündigung dieser Einsparungen steckt alles drin an dummdreistem Täuschungsmanöver, verlogener Klientelpolitik und Arroganz der Macht: Wir wollen damit klima-schädliche Subventionen abbauen. Klimaschädliche Subventionen!

1. Zur Klimaschädlichkeit

Umgerechnet 50 Liter Diesel verbraucht unsere Landwirtschaft, um einen Menschen in Deutschland ein Jahr lang satt zu kriegen. Davon entfallen 20 Liter auf den Treibstoff, 20 Liter auf die Düngerproduktion und mit 10 Litern runden wir großzügig auf 50 Liter, das ist gerade mal eine Tankfüllung, das ist einmal an die Ostsee fahren, das ist nichts im Vergleich zu den gigantischen Menge an fossilen Rohstoffen, den derselbe Mensch in demselben Jahr für weitaus unwichtigere Dinge konsumiert, über Flugreisen und künstliche Intelligenz müssen wir hier nicht streiten. Alles andere, was die Landwirtschaft an Treibhausgasen in die Atmosphäre jagt, ist und war schon immer komplett CO₂-neutral, denn dem Kohlenstoff, den wir ausatmen oder den unsere Kühe auspupsen, steht die Kohlenstoffbindung unserer Pflanzen durch Photosynthese gegenüber. Biogene Kreisläufe nennt man sowas, eigentlich 7. Klasse, für unsere Bundesregierung offenbar zu hoch. Die will mit 50 Litern pro Nase und Jahr das Weltklima retten. Herr, wirf Hirn vom Himmel!

2. Zum Subventionsabbau

Was bitteschön ist an der Einführung einer neuen Steuer, was an der Streichung einer Steuerrückerstattung Subventionsabbau? Natürlich reden wir über eine Steuererhöhung. Wer sich wie Christian Lindner vorgestern auf dem Dreikönigstreffen hinstellt und von Subventionsabbau in der Landwirtschaft spricht, ist ein verdammter Lügner. Diese Bundesregierung will sehr viel Geld ausgeben für sehr viele Projekte, von denen ein großer Teil einer Ideologie entspringt, die wir nicht teilen. Dafür wollte sie neue Schulden aufnehmen. Das hat ihr das Bundesverfassungsgericht jetzt verboten. Also erhebt sie neue Steuern. Und indem wir uns gegen neue Steuern wehren, wehren wir uns zugleich gegen die Ideologie, die unser Geld kostet. So einfach ist das und so richtig in einer Demokratie. Unser Protest ist gelebte Demokratie! Er ist das Eintreten für die Wahrheit.

Die Bundesregierung hat keinen Abbau klimaschädlicher Subventionen beschlossen, sondern eine Steuererhöhung für die einzige Branche, die weitgehend CO₂-neutral arbeitet. Die Bundesregierung lügt und viele Medien plappern ihr das nach. So kann es nicht weiter gehen. Die FREIEN BAUERN fordern die komplette Streichung der Steuererhöhungen und ein Umsteuern in der Agrarpolitik, für eine sichere gesunde Ernährung in unserem Land und viele tüchtige Bäuerinnen und Bauern.